

Kurzbewertung des Wahlprogramms

FDP

Standort Deutschland: Freiräume schaffen, Kosten senken

Die FDP will stufenweise einen linear-progressiven „Chancentarif“ in der Einkommensteuer einführen, der den Mittelstandsbauch vollständig beseitigt. „Den Grundfreibetrag wollen wir im Zuge der Bürgergeldreform schrittweise um mindestens 1.000 Euro anheben.“ Diese gleichmäßige Entlastung aller Einkommensteuerzahler ist zur Belebung der Konsum- und der Investitionsnachfrage wichtig. Da die vollständige Beseitigung des Mittelstandsbauches hohe Steuermindereinnahmen zur Folge hat, sollte sie wie geplant nur schrittweise umgesetzt werden. Auch die geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist wie die Ablehnung von Substanzsteuern richtig.

Wettbewerbsfreiheit im B2B-Bereich

Rudimentäre Positionen lassen entscheidende Fragen unbeantwortet

Die FDP will ein striktes Gold-Plating-Verbot einführen und Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen sowie staatliche Steuerung des Verbraucherverhaltens ablehnen. Der HDE begrüßt die Absage an zusätzliche Regulierungen und steuernde staatliche Eingriffe. Allerdings wird keine weitere Deregulierung ins Auge gefasst, und es fehlt eine Positionierung zur bestehenden Überregulierung der Vertragsbeziehungen im B2B-Bereich.

Tarifautonomie stärken, Flexibilität ermöglichen

Das klare Bekenntnis zur 40-Prozent-Zielmarke ist absolut richtig und von zentraler Bedeutung. Das gilt auch für den angekündigten Wechsel von der starren täglichen Arbeitszeit hin zur flexibleren Wochenarbeitszeit analog EU-Recht. Die FDP lehnt zudem politische Eingriffe in die Tarifautonomie und die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission explizit ab. Das ist eine zentrale Aussage im Wahlprogramm der FDP. Auch der HDE lehnt Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeit (AVE) von Tarifverträgen strikt ab. Die Tarifbindung steigt vielmehr dann, wenn man den Tarifvertragsparteien wieder mehr Gestaltungsspielraum etwa durch zusätzliche Öffnungsklauseln zurückgibt. Um zusätzliche Arbeitsanreize zu schaffen, will die FDP unter anderem Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien. Diese Position ist nicht zielführend. Mehrarbeitszuschläge sind gesetzlich nicht verpflichtend. Auch kann dies erheblichen Druck auf Tarifverhandlungen etwa bezüglich (höherer) tariflicher Zuschlagsregelungen sowie einer möglichst geringen tariflichen Vollzeitdefinition entfalten, was letztlich das Arbeitszeitvolumen reduzieren würde.

Standort- und Verkehrspolitik

Dass der umsatzdominante stationäre Einzelhandel vornehmlich Binnenhandel ist, die Versorgung der Bevölkerung sichert und somit systemrelevant ist, bleibt unbeachtet. Daher gibt es auch keine einzelhandelsspezifischen Zielstellungen zur Entwicklung der Handelsstandorte inklusive der Innenstädte. Die FDP möchte „Sonderabschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und Immobilien angelehnt an das frühere Fördergebietsgesetz in den Blick nehmen“. Das ist gut und lehnt sich an die HDE-Forderung nach einer Sonder-AfA-Innenstadt an. Ansonsten betont die FDP eine verbesserte Stadtentwicklung durch „digitale Technologien und Daten“. Bei der Infrastruktur sind die Halbierung der Planungszeiten und die genehmigungsfreie Erstellung von Ersatzneubauten eine Alleinstellung der FDP und zu begrüßen.

Energiekosten: Stromsteuer, Netzentgelte und Netzausbau

Abschaffung des „Netzanschlusszwangs“ – völlig falscher Vorschlag

Die FDP will die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken und dynamische Netzentgelte einführen, um die Strompreise zu senken. Sie fordert eine bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit Erneuerbaren Energien und Speichern. Der Vorschlag, den „Netzanschlusszwang“ abzuschaffen, kritisiert der HDE, da er der Energiewende widerspricht. Der HDE unterstützt die Reduzierung der Stromsteuer und die Reform der Netzentgelte, wobei bei dynamischen Netzentgelte die Details noch fehlen. Der HDE kritisiert den Vorschlag, dass der „Netzanschlusszwang“ abgeschafft werden soll, da dies in keiner Weise der aktuellen Netzanschlusskrise helfen würde. Akute Netzengpässe und lange Wartezeiten werden damit bestehen bleiben.

Berichts- und Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten

Sinnvolle Erleichterungen für Unternehmen ohne Bekenntnis zu Nachhaltigkeit

Die FDP will europäische Richtlinien 1:1 umsetzen und den „Green Deal“ vollständig abschaffen. Der bürokratische Aufwand sei besonders für den Mittelstand kaum zu bewältigen. Der HDE befürwortet die 1:1-Umsetzung und die Abschaffung überflüssiger Berichtspflichten aus dem Green Deal, insbesondere für den Mittelstand, sieht jedoch die komplette Abschaffung des Green Deal kritisch, da dies nicht zielführend ist.